

EINGESCHRÄNKTE MENSCHENRECHTE | VON FELIX FEISTEL

Posted on 14. November 2023

Selbst die Kämpfer für Grund- und Menschenrechte wollen sie nicht allen Menschen gleichermaßen gewähren

Ein Standpunkt von Felix Feistel.

Eigentlich gibt es an den Worten „Grundrechte“ und „universelle Menschenrechte“ nicht viel zu verstehen. Es sind Rechte, die jedem einzelnen Menschen kraft seiner Geburt, und teilweise sogar schon davor, bedingungslos zustehen. Man kann sie den Menschen nicht einfach entziehen, und auch nicht an Bedingungen knüpfen. Es handelt sich dabei eben nicht um Privilegien, sondern um Rechte, die sich explizit als Abwehrrechte gegen die unbeschränkte Verfügungsgewalt des Staates richten, diesen in seinem Handeln begrenzen und somit einen Kontrollmechanismus darstellen. Der Staat darf Grund- und Menschenrechte nicht einfach wahllos einschränken, beschneiden oder abschaffen. Für jeden Eingriff muss es einen sehr guten Grund geben, und jede Beschränkung muss die Hürde der Verhältnismäßigkeit überwinden. Das bedeutet, dass das Interesse der Allgemeinheit, und nicht das der Regierung, das Interesse des Einzelnen an seinem Grundrecht überwiegt.

Gleichzeitig darf der Staat aber niemals in den Wesenskern des Grundrechtes eingreifen. Es ist ihm verboten, unter dem Vorwand der Bewahrung der Grundrechte anderer, oder eines Interesses der Allgemeinheit, Grund- und Menschenrechte so weit einzuschränken, dass von ihnen nichts mehr übrig bleibt. In Deutschland sind die Menschenrechte, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen (UN), sowie der Grundrechtecharta der EU niedergelegt sind, per Grundgesetz ebenso bindend, wie die Grundrechte des deutschen Grundgesetzes.

All das hat in den vergangenen Jahren die Regierung und das Parlament nicht davon abgehalten, schwerwiegende Grundrechtseinschränkungen zu verhängen. Beinahe alle Grundrechte wurden vollkommen ausgesetzt. Unter dem Vorwand einer Pandemiebekämpfung wurde den Menschen die Ausübung ihrer Religion und ihrer Arbeit verwehrt. Manche Berufe wurden auf die Stufe der Illegalität gestellt, wenn sie trotzdem ausgeübt wurden. Das kulminierte in absurde Schlagzeilen wie diese: „*Illegaler Friseurring ausgehoben*“, oder „*Illegales Haarschneiden boomt*“ (1).

Der Eingriff ging bis in die körperliche Unversehrtheit, in dem Menschen zum Tragen von Masken, zu Tests und schließlich zur Genspritze faktisch gezwungen wurden. Denn die Androhung des Arbeitsplatzverlustes, ebenfalls ein schwerer Eingriff in die Berufsfreiheit, oder monetärer Sanktionen stellt einen faktischen Zwang dar, dem sie die Menschen kaum auf Dauer widersetzen konnten. So musste schließlich niemand kommen, und den Menschen die Spritze in den Arm rammen, da die angedrohten Sanktionen genügten, den Willen der Menschen zu brechen. So hat sich der Staat mit Gewalt den Zugriff auf die menschlichen Körper erschlossen, um sie biotechnologischen Experimenten zu unterwerfen, ein schwerer Verstoß gegen den Nürnberger Kodex, der es verbietet, an Menschen gegen ihren Willen oder ohne ihre Kenntnis Experimente durchzuführen.

Schließlich wurde auch die Würde des Menschen, wie sie in Artikel 1 des Grundgesetzes als unantastbar normiert ist, abgeschafft(2). Denn die Würde des Menschen ist dann angetastet, wenn der Mensch zum Objekt staatlichen Handelns degradiert ist. Das war eindeutig der Fall. Der Mensch wurde zu einem Objekt, zu einer Virenschleuder, einer potenziellen Gefahrenquelle degradiert, die der Staat nach eigenem Gutdünken bemasken, spritzen, testen und Zuhause einsperren kann. Das alles war immer verbunden mit der Gefahr, durch dieses staatliche Handeln zu Tode zu kommen, denn weder die Masken, noch die Isolation, und schon gar nicht die Genspritzen, waren gesundheitlich unbedenklich. Im Gegenteil, gerade die Spritzen waren potenziell tödliche Biowaffen, die noch heute für eine langanhaltende Übersterblichkeit sorgen(3). Damit hat der Staat willfährig Menschen getötet, ohne jede Notwendigkeit, auf der Grundlage einer reinen Inszenierung. Noch viel mehr Menschen wurden schwer verletzt, mit lebenslangen Folgen, und einem wahrscheinlich sehr verkürzten Leben.

Ungeimpfte wurden zudem aus der Gesellschaft ausgeschlossen. Man hat gegen sie gehetzt, sie aus Bussen, der Bahn, Restaurants und Cafes, teilweise aus Arztpraxen und Krankenhäusern ausgeschlossen, oder nur unter der Bedingung des beständigen Nachweises der Unbedenklichkeit eingelassen, hat ihnen teilweise Behandlungen und Therapien versagt, und sie zum Sündenbock der totalitären Maßnahmen gemacht. Sie wurden kollektiv an den Pranger gestellt und eine regelrechte Hexenjagd gegen sie eröffnet. Man durfte sie ungestraft beleidigen, durfte sie als Blinddarm bezeichnen, oder mit Terroristen gleichsetzen.

Das alles wurde von der Regierung als Schutz des Lebens, das auf einmal über allen Grundrechten stand, verkauft. Unter dem Deckmantel, Demokratie und Menschenrechte zu schützen wurden diese drastischen Grundrechtseingriffe einfach durchgewinkt, von keiner Instanz kritisch hinterfragt, sondern einfach durchgeprügelt, und das oft wortwörtlich. Politiker und staatliche Institutionen beteiligten sich an der Hetze und dem Hass gegen Ungeimpfte, und trommelten für immer drastischere Maßnahmen gegen sie. Sie bliesen zum Kampf gegen eine ganze Menschengruppe, alles belegt durch zahlreiche Aussagen und die durchgesetzten Maßnahmen, die einzig den Zweck verfolgten, alle Menschen in die Spritze zu treiben.

Dagegen sind nun zu Recht tausende Menschen in Deutschland auf die Straße gegangen. Lange Zeit protestierten sie gegen dieses Unrecht, und verteidigten die Grundrechte. Sie gingen spazieren, das Grundgesetz in der Hand, und setzten sich für die Grundrechte, für die universellen Menschenrechte ein, die sie zu Recht missbraucht und abgeschafft sahen. Der Staat ließ diese Proteste nun nicht selten mit Gewalt zerschlagen, setzte ganze Horden schwer bewaffneter Polizisten ein, die auf Mütter mit Kindern oder alte Leute eindroschen, oder sie mit Pfefferspray und Wasserwerfern beschossen. Jene, die ihre Grundrechte auf freie Meinungsäußerung, auf Versammlungsfreiheit, auf Pressefreiheit wahrnahmen, wurden angegriffen, verspottet, verleumdet, medial attackiert und lächerlich gemacht. Eine ganze Phalanx aus Politik, willfährige Behörden und Medien hat gezeigt, dass die Decke der Zivilisation dünn ist, dass Entmenschlichung, Gewalt gegen Opposition, der totalitäre Zwang und das Geifern einer wilden Meute keine Sache einer fernen Vergangenheit sind, und dass Grund- und Freiheitsrechte jederzeit zur Disposition stehen.

Auch heute, während der Westen in der Ukraine einen Krieg gegen Russland führt, und hier an der Heimatfront das Recht auf freie Meinungsäußerung und Pressefreiheit abschafft, indem Medien drangsaliert, verboten, von den großen Plattformen verbannt, Medienschaffende vom Verfassungsschutz beobachtet oder Menschen aufgrund ihrer Meinungsäußerung verfolgt und sanktioniert werden, gibt es noch immer Proteste gegen diese Zerstörung der Grund- und Menschenrechte, und es gibt noch immer die großen Medien, die Politiker und die Behörden, die diese Rechte mit Füßen treten, und an ihrer Abschaffung arbeiten, und diese durchsetzen und legitimieren.

Doch was sich auch beobachten lässt ist: Jene, die sich so vollmundig für Grund- und universelle Menschenrechte einsetzen, wenn sie selbst von Einschränkungen und Unrecht betroffen sind, sind gleichzeitig nicht selten die ersten, die kein Problem mit einer Abschaffung der Menschenrechte haben, wenn sie andere betreffen. So nehmen zwar viele der angeblich so vehementen Verfechter von Grund- und Menschenrechten diese gerne für sich in Anspruch, doch wenn es beispielsweise um Flüchtlinge geht, die aus anderen Ländern den Weg nach Deutschland gefunden haben, ist es mit dieser Vehemenz nicht mehr so weit her. Das im Grundgesetz und in diversen Menschenrechtserklärungen festgehaltene Recht aus Asyl soll dann beispielsweise nicht gelten. Oder zumindest nicht für jene, die nach Deutschland kommen.

Alle Abschieben lautet die Devise, wir wollen sie hier nicht. Sie kommen hierher, sind kriminell, verkaufen Drogen und greifen immer wieder Deutsche in Freibädern an. So werden Provinzposen von Sicherheitsdiensten in Freibädern aufgeblasen zu einem Bild vom übergriffigen, vergewaltigenden Fremdländer, der hierher nicht gehört. Die Flüchtlinge werden zum selben Feindbild, das Politik und Medien noch vor kurzer Zeit auf die Ungeimpften projiziert haben. Sie sind Schuld an Krankheiten, sind ungebildet und liegen uns nur auf der Tasche. Sozialhilfe empfangen sie, ohne etwas dafür zu tun, und so kommen sie nur wegen des deutschen Sozialsystems hierher, weil sie unser schönes, hart erarbeitetes Geld haben wollen, und dafür noch kriminell sind, und uns ihre zurückgebliebenen Werte aufzwingen.

Dass die Ankunft der Menschen hier in Europa selbst das Ergebnis extremer Menschenrechtsverletzungen ist, spielt dann keinerlei Rolle für die Verfechter der Menschenrechte. Denn sie verlassen ihre Heimat nicht aus reiner Reisefreude, oder aufgrund des deutschen Sozialsystems. Oftmals verlassen sie ihrem Heimat, weil sie dort keinerlei Perspektive mehr haben. Die Vertreibung von ihrem Land durch westliche Konzerne, unter Schützenhilfe westlicher Regierungen, Kriege, oftmals ebenfalls entfesselt oder zumindest geschürt durch westliche Staaten, das Voranschreiten der Wüste aufgrund von zerstörerischer Ausbeutung der Natur, die extreme Armut, in welcher diese Länder bewusst gehalten werden, um in neokolonialer Abhängigkeit von Europa zu bleiben, all das sind Gründe für die Flucht. Denn wer in seiner Heimat jeden Tag um sein Leben fürchten, oder unter niederschmetternden Bedingungen arbeiten muss, und dafür nicht einmal das Notwendigste zum Überleben bekommt, der sieht irgendwann keine andere Wahl mehr, als die

Flucht.

Viele der deutschen Menschenrechtsverteidiger haben das am eigenen Leib erlebt, als das Regime versuchte, sie seinem Zwang zu unterwerfen, ihnen Masken und Spritzen aufnötigte. Viele Menschen sind in dieser Zeit aus Deutschland ausgewandert, sind geflohen, und das, obwohl sie noch nicht um ihr Essen fürchten mussten, obwohl sie noch jederzeit die Möglichkeit hatten, zu überleben, und auch zu leben. Die Menschen in afrikanischen und arabischen Ländern hingegen flüchteten aus weit gravierenderen Gründen. Es ist die reine Angst um das Überleben, und nicht die Verlockung des deutschen Sozialsystems, das ohnehin ein asoziales, rigides Zwangssystem ist, das sie dazu bringt, nach Europa zu kommen. Es sind fortgesetzte Menschenrechtsverbrechen, die sie in diese Situation gebracht haben.

Sich für Menschenrechte einzusetzen und darauf hinzuwirken, dass diese konsequent zur Anwendung kommen, würde also auch dazu führen, dass Fluchtursachen beseitigt würden, und viele Menschen in ihrer Heimat bleiben können. Menschenrechte zu verteidigen ist nur dann möglich, wenn sie universell verteidigt werden, und das gilt eben auch für Flüchtlinge aus Afrika oder arabischen Ländern. Doch für die Menschenrechte dieser Menschen interessieren sich viele der Menschenrechtsverteidiger hierzulande dann nicht mehr. Es ist still geworden um die Verteidigung der Menschenrechte, dabei werden auch heute noch jeden Tag Menschenrechte verletzt. Doch wo man zuvor aus eigener Betroffenheit gehandelt hat und auf die Straße gegangen ist, da erlebt man die Menschenrechtsverletzungen anderer nur noch aus der Ferne, wenn überhaupt. Zudem sind einem die Menschenrechte dann plötzlich nicht mehr so wichtig, wenn diese Verbrechen auch Menschen betrifft, die man eigentlich gar nicht so richtig hier haben will.

Und genau das ist der Trick. Denn bei der Umsetzung der totalitären Agenda fangen die Regime bei den Schwächsten an. So sollen Asylbewerber in Zukunft kein Bargeld mehr erhalten, sondern nur noch Bezahlkarten (4). Auf diesen Karten sollen dann bestimmte Dienstleistungen und Waren gesperrt sein, sodass sie mit diesen Karten nicht bezogen werden können. Dazu zählen Glücksspiele. Das Australische Vorbild hat für Asylbewerber auch Alkohol auf diesen Karten gesperrt, und das schon 2020. Dabei mussten die Australier jedoch feststellen, dass diese eingeschränkten Geldkarten keinen wirklichen Einfluss hatten. Die Asylbewerber sind weiterhin an Alkohol gekommen.

Dennoch, was hier passiert ist sehr gefährlich. Das müsste auch jenen bewusst sein, die sich so vehement für ihre eigenen Grundrechte einsetzen. Denn die digitale Agenda, das programmierbare Zentralbankengeld, das Sozialkreditsystem sind Horrorvisionen, gegen die sich auch jene aussprechen, die schon die Coronadiktatur bekämpft haben. Denn das Coronatheater war nur die Vorbereitung und Beschleunigung der Agenda einer digitalen Diktatur, an der nun mit aller Kraft gearbeitet wird. Und wie so oft fängt das Regime mit der Durchsetzung schrittweise an. Es wird nicht von einem auf den anderen Tag die totale Diktatur errichtet, sondern die Herrschenden gehen in der Salamiaktik vor, beschneiden immer weiter die Grund- und Menschenrechte von immer weiteren Gruppen. Dabei fange sie mit den Schwächsten an, mit jenen, die sich nicht wehren können, und das sind eben Asylbewerber und Flüchtlinge, die zuerst in das Digitale Gefängnis geworfen werden. Schon heute ist eine Digitale ID in Form der BundID für jeden Nicht-EU-Ausländer, der sich länger in Deutschland aufhalten will, Pflicht. Sie wird automatisch angelegt, ohne, dass man etwas dagegen tun könnte. Nun wird das Bargeld für Asylbewerber abgeschafft und durch programmierbare Geldkarten ersetzt, die einen Vorgeschmack auf das digitale Zentralbankengeld geben.

Auch andere Randgruppen werden dem Zwang des Totalitarismus unterworfen. Tuberkulose stellt in Deutschland eigentlich keine größere Bedrohung mehr da. So gab es im Jahr 2021 3179 Fälle in Deutschland, und der Trend ist rückläufig (5). Trotzdem wurde Anfang 2022 ein Tuberkulosezentrum in Kutzenberg im Landkreis Lichtenfels in Bayern eröffnet. (6) Das Besondere: Hier sollen auch „uneinsichtige“ Tuberkulosepatienten behandelt werden. Zwangsbehandlung gegen den eigenen Willen ist hier also explizit ein Zweck dieser Einrichtung. Daher sind die Fenster des Gebäudes auch vergittert. Zudem befindet sich das Zentrum direkt neben einer Psychiatrie. Der freie Wille, sich gegen eine Behandlung zu entscheiden, kann also ganz schnell pathologisiert werden.

Für die wenigen Fälle in Deutschland erscheint ein solches Zentrum nicht sehr sinnvoll. Es ist aber sinnvoll, wenn man ein Regime aus Zwangsbehandlungen etablieren will, und damit bei der Randgruppe der wenigen Betroffenen von Tuberkulose anfängt. Dieses Konzept kann man dann jederzeit ausdehnen auf andere Gruppen, ebenso wie das Konzept der programmierbaren Geldkarten. Es sind

Menschenrechtsverbrechen, die da unter dem Radar geschehen, die aber Strukturen und Konzepte etablieren, die sich dann schrittweise auf die ganze Gesellschaft ausdehnen lassen. Dieses Vorgehen ist deswegen so effektiv, weil niemand protestiert, wenn es Flüchtlinge oder andere, tendenziell unbeliebte Randgruppen betrifft.

Entweder wird dieses Vorgehen nicht einmal zur Kenntnis genommen, denn es findet in Teilen der Gesellschaft statt, mit denen die breite Masse keinerlei Berührungspunkte aufweist, oder aber es wird sogar noch gutgeheißen. So stößt eine solche Behandlung von Asylbewerbern auf breite Akzeptanz. Denn jeder weiß ja, dass sie kriminell sind, übermäßig viel Alkohol konsumieren und generell keinen Nutzen für die Gesellschaft haben. Da ist Kontrolle doch gut und richtig, damit sie das von uns hart erarbeitete Geld wenigstens für sinnvolle Dinge ausgeben. Als nächster Schritt könnte das Konzept dann auf Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose ausgeweitet werden. Auch hier ist das Klischee, dass sie nur faul seien und zum Alkoholismus neigen, weit verbreitet. Und so werden auch wenige protestieren, wenn man ihnen ebenfalls programmierbare Geldkarten aufzwingt. Schon bei den absurden Zwangsmaßnahmen für Hartz IV Empfänger haben die Wenigsten protestiert.

Doch auch diese Menschen haben Grundrechte und Menschenrechte, die durch diese Maßnahmen stark eingeschränkt werden. Sei es die Zwangsbehandlung von Tuberkulosepatienten, die Erinnerungen an die Zwangsinjektionen der Corona-Genspritzen weckt, sei es die Beschränkung der Selbstbestimmung von Menschen, denen die Entscheidung, was sie mit ihrem Geld anstellen wollen, abgenommen wird. Man stelle sich mal vor, der Staat verbiete einem ganz normalen, durchschnittlichen und hart arbeitenden Deutschen, sich das Feierabendbier zu kaufen. Würde das zu Protesten führen? Wahrscheinlich schon. Doch genau das ist geplant, nur derzeit eben noch nicht für Deutsche. Allerdings könnten solche Konsumeinschränkungen auch für Deutsche unter einem anderen Deckmantel kommen.

Denn im Rahmen der C40-Initiative wollen 100 Städte weltweit den Menschen bis 2030 den Konsum von Fleisch und Milchprodukten verbieten, und Flugreisen auf eine einzige innerhalb von drei Jahren einschränken, sowie den Kauf von neuer Kleidung auf 3 Stück pro Jahr reduzieren.⁽⁷⁾ Es ist zu erwarten, dass diese Initiative noch ausgeweitet wird, und am Ende nicht nur diese 100 Städte, unter denen auch

deutsche Städte sind, beinhaltet, sondern vielleicht sogar die ganze westliche Welt. Zu Recht führt diese Idee zu großer Empörung. Doch handelt es sich dabei im Grunde um nichts anderes, als die Einschränkung der Konsumententscheidungen, die Asylbewerbern mittels Geldkarten aufgezwungen werden soll. Wo ist da der Aufschrei? Er wäre bitter notwendig, denn beides hängt miteinander zusammen. Eine Einschränkung der Freiheit der Flüchtlinge ist gleichzeitig ein Angriff auf uns alle, da das Regime nur mit den Schwächsten beginnt, aber bei ihnen nicht stehen bleiben wird.

Der Theologe Martin Niemöller ist vielen vor Allem durch sein folgendes, berühmtes Zitat bekannt:

„Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschafter. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“

Wenn wir uns jetzt nicht für die Rechte und die Selbstbestimmung von Asylbewerbern, Flüchtlingen und Tuberkulosepatienten einsetzen, könnte es sein, dass wir irgendwann in Niemöllers Worten feststellen müssen:

„Als sie dem Asylanten das Bargeld wegnahmen habe ich geschwiegen, ich war ja kein Asylant. Als sie dem Arbeitslosen das Bargeld wegnahmen habe ich geschwiegen, ich war ja kein Arbeitsloser. Als sie die Kranken holten und zwangsbehandelten habe ich geschwiegen, ich war ja nicht krank. Als sie mir das Bargeld wegnahmen und mich einsperrten gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“

Denn wenn diese Entwicklung am Ende auch beim Normalbürger ankommt, man ihm das Bargeld wegnimmt, und seine Zwangsbehandlung unter jedem beliebigen Vorwand durchführt, dann wird jeder Protest mit den Worten: „Wieso? Das machen wir doch schon lange so.“ abgewiesen werden. Es wäre also geboten, die Universalität der Menschenrechte ernst zu nehmen, und sich für diese einzusetzen, und zwar egal, um wen es geht. Und das schon aus ganz eigenem Interesse. Denn nur, weil es heute nicht wir sind, die

von den Menschenrechtseinschränkungen betroffen sind, heißt das nicht, dass wir es nicht morgen sein könnten.

Allerdings sind wir betroffen, auch, wenn viele sich bereits daran gewöhnt haben, über jedes öffentlich geäußerte Wort zwei Mal nachdenken zu müssen, wenn viele sich daran gewöhnt haben, dass Maskenpflicht jederzeit wieder eingeführt werden kann, und sich dieser dann auch unterwerfen, wenn viele sich an die fortgesetzte Ungleichheit vor dem Gesetz gewöhnt haben, in der Politiker oder regierungshörige Medienschaffende nach Belieben Hetzen und Hass verbreiten können, während selbst bedachte Worte der Opposition abgeurteilt und bestraft werden, in der Ärzte, die sich für die Gesundheit ihrer Patienten einsetzen, im Gefängnis sitzen, während Karl Lauterbach, der die Genspritzen verordnet, und teilweise sogar selbst verabreicht hat, auf freiem Fuß ist, und sogar noch das Gesundheitssystem zu Tode reformieren, und über Hitzeschutzpläne nachdenken darf.

An diese fortgesetzte Menschenrechtsverletzungen sollte man sich aber nicht gewöhnen, auch dann nicht, wenn sie Menschengruppen betreffen, die einem nicht gefallen. Denn Menschenrechte sind universell, gelten also für alle, ungeachtet der Herkunft, Hautfarbe, des sozialen Status, der Religion und so weiter. Würden die Menschenrechte individuell geachtet, gäbe es Flucht und Vertreibung zudem nicht, allerdings wäre der westliche Wohlstand, von dem die Flüchtlinge angeblich ohne eigenes Zutun profitieren wollen, auch längst nicht so groß. Denn auch dieser basiert auf der fortgesetzten Verletzung der Menschenrechte derjenigen, die als Flüchtlinge zu uns kommen. Damit ernten wir nur die Saat der selektiven Menschenrechte, deren Bedeutung in den Zeiten der Pandemiesimulation plötzlich auch hierzulande vielen Menschen klar geworden ist.

Damit das nicht wieder passiert, sollte man sich jetzt für die Menschenrechte auch der Schwächsten einsetzen.

Quellen und Anmerkungen

(1)

<https://www.bunte.de/beauty/pflege/beauty-tipps-fuer-zu-hause/friseursalons-not-illegales-haarschneiden-boomt-friseure-packen-aus.html>

(2) <https://www.manova.news/artikel/die-wurde-des-menschen-2>

(3) <https://www.manova.news/artikel/die-spatfolgen-der-spritze>

(4) <https://norberthaering.de/bargeld-widerstand/asylbewerber-bezahlkarte/>

(5) <https://www.dzk-tuberkulose.de/aerzte/aktuelle-tuberkulose-situation/>

(6) <https://www.tvo.de/mediathek/video/kutzenberg-neue-tuberkulose-station-feiert-einweihung/>

(7)

<https://tkp.at/2023/08/21/100-staedte-wollen-bis-2030-fleisch-milchprodukte-und-private-autos-verbieten/>

++

Dank an den Autor für das Recht zur Veröffentlichung dieses Beitrags.

+++

Bildquelle: [fizkes](#) / Shutterstock.com